

## Entscheidungen nicht den Juristen überlassen

### Triage

**Zum Artikel „Entscheidung mit weitreichenden Folgen“ (Trierischer Volksfreund vom 29. Dezember):**

Sollte es tatsächlich zu einer Triage-Entscheidung kommen müssen, gibt es eine ärztliche Richtlinie und eine klinische Entscheidungsempfehlung. Diese Regelung schützt auch Menschen mit Behinderung. Ich persönlich möchte nicht, dass – wie im Artikel vom Vorstand der Stiftung Patientenschutz von Herrn Eugen Brysch gefordert – „Entscheidungen über Leben und Tod in Knappheitssituationen“ nicht den Ärzten überlassen, sondern dann, folgerichtig, von Juristen entschieden werden.

Michael Morgens,  
Wittlich

## Ohne Breitensport kein Spitzensport!

### Sportförderung

**Zum Artikel „Ermittlungen gegen FC Bayern – Kahn will mit Behörden kooperieren“ (Trierischer Volksfreund vom 30. Dezember):**

Diese Nachricht vom Vorstand des großen FC Bayern offenbart ein Kernproblem. Es ist meines Erachtens erschütternd, dass in diesem weltweiten „Milliarden-geschäft“ die Basis, der Amateursport mit seinen tausenden Ehrenamtlichen, Jugendtrainern und Übungsleitern quasi für ihre Leistungen ausgebeutet wird. Dort, wo die Talente heranwachsen und ausgebildet werden, kommt hinterher von den internationalen Transfermärkten zu wenig bei den Vereinen der Basis wieder an. Ohne Breitensport kein Spitzensport! Sportförderung ist eine Pflichtaufgabe und keine freiwillige Leistung. Von den Transfermilliarden müsste durch eine internationale Abgabesteuer etwas zurück an die Basis, sprich in den Amateursport fließen. Dieser leistet für uns, unsere Kinder und Enkelkinder einen unschätzbaren wertvollen, nachhaltigen gesellschaftlichen und sozialen Beitrag!

Hans-Willi Triesch, Trier  
Vorstandsmitglied  
im Stadtverband Trier



### ENERGIEPOLITIK

## Atomkraft – ja, danke?

Wer ist denn jetzt hier blind? Die EU oder Deutschland? Nach Jahrzehnten des Protests und der Diskussionen geht die Atomenergie-Ära 2022 in Deutschland zu Ende. Drei weitere Meiler wurden an Silvester abgeschaltet, nur drei bleiben noch übrig. Doch ausgerechnet jetzt steht die Kernenergie bei der EU hoch im Kurs. Die EU-Kommission will sogar Investitionen in Gas- und Atomkraftwerke unter bestimmten Bedingungen als klimafreundlich einstufen. Atomkraft, ja danke?

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER

## Deutschland sollte sich klar positionieren

### Atomkraft

**Zum Artikel „Brüsseler Pläne zu Atom- und Gaskraft sorgen für Empörung“ (TV vom 3. Januar):**

Sollte es tatsächlich der EU-Kommission gelingen, das „green-washing“ auf den Atomstrom anzuwenden und zuzulassen, dass den Investitionen in diese hochgefährliche Technologie noch das Etikett „klimafreundlich“ angehängt wird, sollte die deutsche Politik in Brüssel etwas klar und deutlich darlegen: Man werde sich nicht gegen einen demokratisch gefassten Beschluss stellen. Andererseits werde man sich aber nicht finanziell an Maßnahmen zur Beseitigung von Schäden, die aus der Nutzung der Atomkraft entstehen, beteiligen. Dann werden vielleicht einige ins Nachdenken kommen, da bei allen Maßnahmen-Programmen der EU Deutschland der Hauptzahler ist. Man kann uns doch nicht dazu zwingen, irgendwann die Hinterlassenschaft der von uns nicht mehr gewollten Atom-Nutzung zu bezahlen, über einen Reaktorunfall will ich erst gar nicht spekulieren.

Klaus Lay, Reil

## Es muss ein Investitionsprogramm her, mit dessen Hilfe die Erde begrünt wird

### Klimawandel

**Zu: „Weltweit klagen Länder über Wassermangel“ (TV vom 29. Dezember):**

Allein die Zementwerke in China stoßen mehr Kohlendioxid aus als ganz Deutschland. Mit 29,7 Prozent des weltweiten Ausstoßes (11.256 Millionen Tonnen) führt China auch die Liste der CO<sub>2</sub>-Emittenten an. Die BRD liegt mit 753 Millionen

Tonnen gerade mal auf Platz sechs mit zwei Prozent. Diese Zahlen könnten uns dazu verführen, in unseren Bemühungen zur Verbesserung des Klimas nachzulassen. Genau das Gegenteil ist aber notwendig. Durch den Anstieg der Meeresspiegel erweitert sich das Spektrum der Naturkatastrophen erheblich. Jetzt geht es um Land, das unwiederbring-

lich verloren geht. Insofern sind die bisher beschlossenen Maßnahmen aus meiner Sicht völlig unzureichend. Ein Problem, das global auftritt, muss auch global bekämpft werden. Es muss ein Investitionsprogramm der Weltbank mit einem riesigen Volumen her, mit dessen Hilfe jedes Fleckchen Erde begrünt wird. Bäume, Sträucher und Pflanzen al-

ler Art müssen gezüchtet, gepflanzt und umhegt werden. Dies ist zugleich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Millionen Menschen wieder eine Perspektive gibt. Auch das Militär darf in diesem Zusammenhang nicht außen vor bleiben. Wenn jeder Soldat pro Woche nur einen Baum pflanzt, entsteht mit der Zeit allein dadurch ein Paradies. Zur Bewässerung wird Was-

ser dem Meer entnommen und entsalzt. Es ist im Überfluss vorhanden. Das anfallende Salz kann zu Magnesium verarbeitet werden. Warum sollte das, was die Emirate mit ihren Golfplätzen in der Wüste vormachen, nicht auch in einem viel größeren Maßstab möglich sein? Packen wir es an!

Hermann Mezger, Prüm

## Die globale Katastrophe nur noch abzuwenden, wenn sich alle Staaten in die Pflicht nehmen lassen

### Klimawandel

**Zum Interview mit der FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann (TV, 8. November):**

Alle reden vom Klimawandel. Doch das eigentliche Grundübel ist die Bevölkerungsexplosion der Menschheit. Solange wir dieses Problem nicht in den Griff bekommen, sind alle Versuche unsere Erde noch zu retten, zum Scheitern verurteilt. Durch den Einfluss des Menschen auf seine Umwelt sind nach Auffassung von Wissenschaftlern bereits mehrere natürliche Belastungsgrenzen der Erde überschritten wor-

den. Stellvertretend seien hier nur die hohe Treibhausgas-Konzentration in der Atmosphäre, das galoppierende Artensterben, die Änderungen in den globalen Phosphor- und Stickstoffkreisläufen, hervorgerufen durch die intensive Landwirtschaft und die Überfischung der Weltmeere, sowie der Verlust von Waldgebieten genannt. Werden weitere Grenzwerte überschritten, droht das gesamte Erdsystem aus dem uns bekannten Zustand zu kippen. Der Vernunft gehorchend wäre die drohende globale Katastrophe nur noch abzuwenden, wenn sich alle

Staaten auf der Welt in die Pflicht nehmen lassen. Wir in den Industriestaaten müssen unseren industriell begründeten Wohlstand stark herunterfahren und den Ressourcenverbrauch rigoros minimieren. Die Einwohner in den Entwicklungs- und Schwellenländern, denen unserer westliche Konsum- und Wegwerfgesellschaft sehr erstrebenswert erscheint, müssten zur strengen Geburtenkontrolle und zum Konsumverzicht bereit sein. Doch das menschliche Tier kann sich aus meiner Sicht nicht zügeln und wird es nie können. Jede Regie-

rung, die Verzicht einleitet, würde wohl sofort hinweggefegt. 1950 lebten 2,5 Milliarden Menschen auf der Erde, momentan sind es 7,8 Milliarden, 2050 werden es rund zehn Milliarden Menschen sein. Tendenz steigend. Das kann unser Planet nicht verkraften. Gelingt es nicht, diese Entwicklung baldmöglichst umzukehren, wird die Menschheit an zugrunde gehen. Die Erde, überbevölkert, ausgelaugt, vergiftet und nur noch von Milliarden Menschen und ihren kranken „Nutztieren“ und „Nutzpflanzen“ bewohnt, wird kollabieren und ein

lebensfeindlicher Planet werden. Im Bestreben zu überleben, werden sich die Menschen gegenseitig abschlachten. Das ist dann die Apokalypse. Der Eintagsflieger Mensch, verantwortlich für das größte Artensterben seit der Dinosaurierzeit, bleibt dann nur noch übrig, einen Grabstein für den ganzen Schlamassel zu errichten. Darauf die Inschrift: „Das Experiment Homo Sapiens ist gescheitert. Menschheit – du hattest von Anfang an nicht das Zeug dazu.“

Reimund Weichsel, Wallendorf

## Bischof Ackermann war nicht untätig

### Missbrauchsskandal

**Zum Leserbrief „Kirche sollte ihr Vermögen mit den Opfern teilen“ (TV vom 30./31. Dezember):**

Der Leserbriefschreiber vergleicht die Aufarbeitung, Aufklärung zweier Verbrechenkomplexe (Cyberbunker/Kriminalität und Kindesmissbrauch durch Funktionsträger der katholischen Kirche). Er weist auf unterschiedliche Ergebnisse und unterschiedliche Un-

tersuchungs- und Aufklärungszeiträume hin. So entsteht der Eindruck, bei der Missbrauchsaufklärung hätte deren Beauftragter, Bischof Ackermann (seit 2010 mit dieser Aufgabe betraut) kaum etwas getan. Versuchen wir die andere Seite (nicht nur der Opfer und deren Sympathisanten) zu sehen. Wie sieht Bischof Ackermann seinen Auftrag? Als wessen Vertreter

versteh er sich – der Opfer oder der offiziellen Vertreter der katholischen Kirche? Ackermann gehört zu den offiziellen Vertretern der katholischen Kirche, aus denen Täter und Vertuschter auch kommen. Versuchen wir ihn mal unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Dann hat Bischof Ackermann eine Menge getan. Er hat eine „unabhängige“ Untersuchungskommission einberufen, die keinen Zugang zu den

Archiven hatte. Mitarbeiter des Bistums, aus deren Reihen auch die Vertuschter kamen, wählten Unterlagen aus, die die Kommission einsehen durfte. Er hat auch für einige Entschädigungen bewilligen und sogar auszahlen lassen. Natürlich hat er auch immer um Geduld, um behutsames (langsames) Vorgehen nachgesucht. Wie werden die Verbrechen nach einiger Zeit gesehen? Interessiert sich da noch jemand

dafür? Seine Zusammenarbeit mit Opfernvertretern (Missbit) war stets engagiert (positiv/negativ je nach Standpunkt). Ich bin überzeugt, Bischof Ackermann wird sich auf diese Weise weiterhin voll einsetzen. Untätig war er nicht, ist er nicht und wird es auch künftig nicht sein. Es kommt halt auf den Blickpunkt an.

Marian Modemann, Trier

### HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen zu Artikeln oder Kommentaren, die im TV erschienen sind?

Haben Sie kritische Einwände dazu? Schreiben Sie uns!

Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein.

Wir behalten uns vor, sinnwährend zu kürzen.

Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und der Wohnort in der Zeitung und im Internet auf [volksfreund.de](http://volksfreund.de) veröffentlicht und archiviert werden.

Geben Sie neben Ihrer Adresse bitte zusätzlich eine Telefonnummer an (für eventuelle Rückfragen der Redaktion).

Und so erreichen Sie uns:  
E-Mail: [leserbriefe@volksfreund.de](mailto:leserbriefe@volksfreund.de);  
Brief: Trierischer Volksfreund,  
Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8,  
54294 Trier

Produktion dieser Seite:  
Ulrike Löhntz

## Sagt Ja zur Impfung!

### Corona

**Zum Leitartikel „Bei der Impfpflicht gilt es, keine Zeit zu verlieren“ (TV vom 28. Dezember) sowie diversen Leserbriefen zu diesem Thema:**

Eine Impfpflicht? Es wird uns nichts anderes übrig bleiben. Hatten wir doch schon gegen Pocken, und sie hat gewirkt. Was wäre denn

jetzt die Alternative bei 2G, 3G? Ganz einfach: Man lässt sich mit dem Coronavirus anstecken, erkrankt, und wenn man die Krankheit und die Intensivstation überlebt hat, gilt man als genesen. Vielleicht leidet man danach an Long-Covid, hat seinen Geruchs- und Geschmackssinn verloren, darf

aber wieder im Restaurant essen gehen. Mit Sicherheit hat man aber unser Gesundheitssystem unnötig strapaziert und im schlimmsten Fall Behandlungskosten in fünfstelliger Höhe verursacht und dafür gesorgt, dass andere wichtige Operationen verschoben werden mussten.

Es geht doch bei 2G und 3G viel einfacher! Der mRNA-Impfstoff sorgt dafür, dass unser Körper die zur Virenbekämpfung notwendigen Antikörper selbst produziert und verschwindet nach kurzer Zeit wieder vollständig. Das verursacht nur geringe Kosten, belastet unser Gesundheitssys-

tem kaum und schützt uns und andere. Besser geht's doch momentan nicht! Also sagt Ja zur Impfung, damit schützt ihr nicht nur euch, sondern auch andere! Wenn alle geimpft sind, dann werden wir Corona besiegen.

Hartmut Knob, Malborn-Thiergarten